

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Bundsratsantrag zur Angleichung der Netzentgelte beitreten

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem von der Thüringer Landesregierung geplanten Bundesratsantrag zur bundesweiten Angleichung der Netzentgelte beizutreten.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Die Bundesregierung hatte eine bundesweit solidarische Wälzung der Netzentgelte angekündigt. Vor zwei Wochen wurden Befürchtungen geäußert, dass die Bundesregierung in dieser Hinsicht Wortbruch begehen könnte und keine gesetzliche Änderung vornehmen wolle. Mit dem Beschluss des Kabinetts am 25.01.2017 über den Gesetzesentwurf zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur wurden diese Befürchtungen leider bestätigt, da sich eine entsprechende Regelung nicht darin befindet.

Die Thüringer Landesregierung hat nun bekanntgegeben, dass sie spätestens im Februar dieses Jahres dem Bundesrat einen Antrag zur bundesweiten Angleichung der Netzentgelte zum Beschluss vorlegen will. Da ein Erfolg dieses Antrags die Stromkunden in Mecklenburg-Vorpommern in einem hohen Maß entlasten würde, sollte die Landesregierung diese Initiative unterstützen und ihr beitreten sowie weitere Bundesländer zu diesem Schritt motivieren.